

## Heute im Lokalen

### Aulendorf

Zur Traumhochzeit hat prächtiger Blumenschmuck die Pfarrkirche St. Martin über das Wochenende geschmückt. • SEITE 17

### Bad Waldsee

Schüler haben die Feuerwehr und das Sealife-Aquarium besucht, ein Theaterstück aufgeführt und einen Wettbewerb absolviert. • SEITE 18

### Regionalsport

Fußball-Oberligist FV Ravensburg spielt in der ersten Runde des Verbands Pokals beim Bezirksligisten SG Kiflegg. • SEITE 20

### ANZEIGE



**Autohaus Wald**  
Autohaus Wald GmbH & Co. KG  
Ewyisenstraße 5  
88212 Ravensburg  
Tel. 07 51 / 88 89-0  
www.autohaus-wald.com

## Fahrer flieht nach Auffahrunfall

BAD WALDSEE (sz) - Ein Auto ist am Montagmorgen in Bad Waldsee mit einem geparkten Seat Leon zusammengestoßen. Anschließend flog der unbekannte Fahrer von der Unfallstelle. Wie die Polizei mitteilt, geschah der Unfall zwischen 9.15 und 10 Uhr auf dem Friedhofsparkplatz in der Friedhofstraße. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 500 Euro. Zeugenhinweise zu dem flüchtigen Unfallverursacher nimmt das Polizeirevier Weingarten unter Telefon 0751/803 66 66 entgegen.

### ANZEIGE



**Kinderfest**  
Isnyer Kinder- und Heimatfest  
7. - 10. Juli 2017  
Historischer Festzug, So 14 Uhr  
Info: Isny Marketing GmbH  
07562 97563-0 www.isny.de

## Aufladestopp für die Bodocard

BAD WALDSEE (sz) - Inhaber einer Bodocard können seit diesem Monat keine Geldbeträge mehr aufladen, weil das Angebot der Rabattkarte im Jahresverlauf schrittweise vom Markt genommen wird. Wie der Verkehrsverbund Bodo mitteilt, steht ein neues Angebot bereits in den Startlöchern. Ab Mitte Oktober wird demnach ein eTicket-Angebot eingeführt. Hierfür werden die Busse nach und nach mit neuen Fahrscheindruckern ausgestattet, die die Bodocard nicht mehr lesen können. Mit dem Aufladestopp soll der Rückgabe- und Auszahlungsprozess von Restguthaben von vornherein verschlankt werden.

Der Verkehrsverbund bittet Inhaber von Bodocards, ihr Restguthaben abzuführen. Einzelfahrscheine zum rabattierten Bodocard-Preis gibt es gegen Barzahlung noch bis Jahresende. Bei Kauf muss die Bodocard oder die Ersatz-Bodocard vorgezeigt werden. Die Ersatzkarte oder eine Auszahlung des Restguthabens erhalten Fahrgäste bei der Rückgabe in den Servicestellen.

# 170 Waldseer stellen Uhde Fragen zum Windpark

Zweiter Infoabend der BI „Lebenswerter Haistergau“ verlief sachlich – Stadträte müssen sich rechtfertigen

Von Sabine Ziegler

BAD WALDSEE - 170 Bürger sind der Einladung zum zweiten Informationsabend der Bürgerinitiative (BI) „Lebenswerter Haistergau“ in Sachen „Windpark Tannenbühl“ in Bad Waldsee gefolgt. Eineinhalb Stunden lang löcherten sie am Montagabend im katholischen Gemeindehaus den scheidenden Geschäftsführer der Stadtwerke, Jörg Uhde, und dessen Nachfolgerin Regine Rist zum aktuellen Stand der Planungen für diese Industrieanlagen in der Kurstadt. An den Reaktionen im Saal war erkennbar, dass die Zuhörer mit den meisten Antworten nur mäßig zufrieden waren. Von den anwesenden fünf Stadträten bezogen Tobias Lorinser und Dominik Souard Stellung und baten um eine Versachlichung der Debatte in den kommenden Monaten.

Im Vergleich zum ersten Infoabend im „Kreuz“, wo sich Gegner und Befürworter des Windparks ihre Argumente nur so um die Ohren gehauen haben (SZ berichtete), verlief die zweite, mehr als zweistündige Veranstaltung deutlich sachlicher und informativer. Moderator Sebastian Seidler hatte zwar vorsorglich eine Schiedsrichterkarte eingesteckt, davon Gebrauch machen musste er nicht. Die Mehrheit im Saal hielt sich an die vorgegebene Rede- und Fragezeit von maximal zwei Minuten. Und der hauptsächlich befragte Jörg Uhde, der nicht auf dem Podium Platz nehmen wollte, fasste sich ohnehin kurz in seinen Antworten.

### Kritik an Informationspolitik

Nach Meinung der Anwesenden zu kurz angesichts ihrer Sorge um mögliche negative Auswirkungen der geplanten Spargel-Giganten im Naherholungsgebiet. Mehrere Waldseer jedenfalls brachten ihre Kritik an der städtischen Informationspolitik zum aktuellen Planungsstand deutlich zum Ausdruck. Von Interesse waren vor allem die öffentlich noch nicht bekannt gegebenen Ergebnisse der Windmessungen und die endgültigen Standorte der vier bis maximal sechs Windräder. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die beteiligten Landwirte bis dato nicht bereit sind, ihre Grundstücke für dieses Energie-Projekt herzugeben.

Uhde teilte dazu nur mit, dass die Erwartungen der Stadtwerke bei der „Windhöflichkeit“ bestätigt worden



Auch die künftige (und vormalige) Geschäftsführerin der Stadtwerke, Regine Rist, beantwortete am Mikrophon Fragen der 170 Zuhörer im Gemeindehaus zum geplanten „Windpark Tannenbühl“. Links neben ihr sitzt Noch-Geschäftsführer Jörg Uhde.

FOTO: SABINE ZIEGLER

sein. „Als einer der Vertreter des Konsortiums bin ich aber nicht befähigt, vorab weitere Detailzahlen zu nennen.“ Daraufhin verließ der erste Zuhörer enttäuscht den Saal.

Im Laufe des langen Frage-Antwort-Spiels zwischen Uhde, der künftigen Stadtwerke-Geschäftsführerin Rist und den Zuhörern, kristallisierten sich drei Themenbereiche heraus, die die Anwesenden umtrieb: das Rotmilan-Ablenkflächenkonzept, der „Plan B“, sollten die Eigentümer ihre Grundstücke für die Zuwegung zu den Masten weiterhin nicht veräußern wollen, sowie die Sorge um mögliche negative Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Gesundheit des Menschen und damit verbunden auf die Kurstadt und den Gesundheitsstandort Bad Waldsee.

Neben Heinrich Henne von der BI warfen auch mehrere Redner den Stadtwerken „mangelnde Transparenz“ vor und forderten eine „bessere Informationspolitik“ der Stadt im Hinblick auf bereits vorliegende Ergebnis-

se besagter Gutachten. Vorgeschlagen wurde von einem Waldseer die Veröffentlichung „einer Art Planungskalender der Windpark“ in der Schwäbischen Zeitung und im Amtsblatt, der in regelmäßigen Abständen kundtun sollte, woran die Stadtwerke gerade arbeiten und wie die aktuellen Erkenntnisse aussehen zur tatsächlichen Umsetzung der Energieanlagen. Nachdem einige Redner deren Wirtschaftlichkeit anzweifeln, betonte Uhde: „Diese wird während der Planungsphase laufend überprüft, und Sie können sicher sein, dass der Windpark nicht kommt, wenn das nicht gewährleistet ist.“

### Verlust an Lebensqualität

Zu Gast waren auch Zuhörer aus Regionen, wo bereits Windräder stehen und wo Bewohner über gesundheitliche Probleme klagen. Eheleute aus dem Raum Pfullendorf berichteten von körperlichen Beeinträchtigungen wie Herzrhythmusstörungen, Schwindel, gereizten Nerven und dem Verlust an Lebensqualität. Ihr

Appell an die Waldseer: „Informieren Sie sich als Bürger im Vorfeld so gut es geht über die Auswirkungen durch Windkraft.“ Benjamin Hierl von der BI verwies auf entsprechende Studien von Bundesärztekammer und Robert-Koch-Institut.

Nachdem viele Zuhörer in Uhde und Rist als Vertreter der Stadtwerke „die falschen Ansprechpartner“ ausmachten, weil „sie ja nur die Beschlüsse des Gemeinderates umsetzen“, sprangen die Stadträte Lorinser und Souard in die Bresche. Sie informierten nochmals über den Entstehungsprozess der städtischen Tochtergesellschaft und ihre Geschäftsfelder Windkraft und Geothermie zugunsten der lokalen Energiewende. Lorinser appellierte angesichts der in der Bevölkerung heiß geführten Windpark-Debatte an Stadtwerke und BI: „Geben Sie uns Stadträten bitte nur handfeste Fakten für die Abstimmung an die Hand und verzichten Sie auf überzogene Darstellungen.“

## Region zweifelt an Busverkehr im Studentakt

Finanzierungsreform beim öffentlichen Nahverkehr wird kritisch gesehen

Von Philipp Richter

RAVENSBURG - Das Land will mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr ausgeben, vor allem für den Busverkehr. Das hat das Landesverkehrsministerium in Stuttgart am Montag („Busse sollen auch auf dem Land stündlich fahren“, SZ vom 27. Juni) bekannt gegeben. Doch an den Vorstellungen, dass Busse in die kleinsten Dörfer im Studentakt fahren sollen, zweifeln die Protagonisten im Landkreis Ravensburg.

Der Landkreis Ravensburg ist mit einer Fläche von rund 1600 Quadratkilometern der zweitgrößte Kreis in Baden-Württemberg und dazu noch sehr ländlich strukturiert. „Sie finden hier rund 2500 Ansiedlungen, von allein stehenden Höfen bis hin zur Metropole Ravensburg – im Vergleich dazu hat ein dichter besiedelter Landkreis wie zum Beispiel der Landkreis Biberach nur rund 500 Siedlungen. Schon aufgrund dieser Voraussetzungen sind in der Vergangenheit bereits mehrfach Versuche gescheitert, ein flächendeckendes und ähnlich wie in Städten strukturiertes ÖPNV-Angebot umzusetzen“, heißt es auf Nachfrage der SZ von Landratsamtssprecherin Claudia Roßmann. Und weiter: „Nach unserer Einschätzung ist daher ein kreisweites (also auch auf dem Land und bis ins kleinste Dorf) ÖPNV-Angebot im Studentakt

(Zeitraum 5 bis 24 Uhr) auch nicht durch die Auswirkungen der ÖPNV-Finanzierungsreform realisierbar.“

### 50 Millionen Euro mehr

Hintergrund der Vorstellungen von Verkehrsminister Winfried Hermann ist die sogenannte ÖPNV-Finanzierungsreform. Verkürzt gesagt, werden durch diese Reform die Geldflüsse geändert. Bisher funktionierte der öffentliche Busverkehr so, dass die Busunternehmen einen Anspruch auf Gelder des Landes haben, wenn sie eine bestimmte Strecke bedienen, jetzt soll das Geld an die Auftraggeber – sprich Landkreise – gehen, die dann die Gelder verwalten. Bereits zum 1. Januar 2018 sollen die Gelder von 200 Millionen Euro im Jahr für den Busverkehr kommunali-



Ginge es nach dem Willen des Landes, würde es einen Studentakt im Busverkehr geben. ARCHIVFOTO: DPA

siert werden. Von 2021 bis 2023 sollen diese Gelder um 50 Millionen Euro wachsen.

Fronreutes Bürgermeister und gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Kreistag, Oliver Spieß, sieht allerdings Gestaltungsspielraum für den Busverkehr in der Region. „Als Bürgermeister der Gemeinde Fronreute sehe ich definitiv eine Chance für einen besseren Busverkehr, vor allem im westlichen Landkreis Ravensburg“, sagt Spieß, auch wenn er sich bewusst ist, dass es vorerst nicht mehr Geld gibt. „Es hängt natürlich am Geld und am Willen des Kreises, wie viel Geld er bereit ist, auszugeben“, so Spieß.

Der Busunternehmer, Geschäftsführer des Regionalverkehrs Bodensee-Oberschwaben (RBO) und Vorstandsmittglied des Verbandes Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer Bernd Grabherr aus Waldburg steht diesem – wie er es nennt – „Systemwechsel“ äußerst skeptisch gegenüber. Er befürchtet, dass diese Reform die Existenzen von privaten Busunternehmen im Landkreis Ravensburg kosten könnte. Seine Kritik zielt darauf ab, dass ein eigenwirtschaftlicher Antrag auf eine Liniengenehmigung vom jeweiligen Landkreis abhängt und es durch ein systembedingtes Vergabeverfahren möglicherweise zu sehr viel Verwerfungen kommen könnte. Dies würde sich, so Bernd Grabherr, „langfristig sicherlich nachteilig auf das Preis-/Leistungsangebot insge-

samt auswirken“. Dadurch sieht er das „gute Angebot“ in Gefahr, „weil die 14 privaten Busunternehmen am nächsten am Markt dran sind“.

Grabherr zweifelt zudem am Studentakt von 5 bis 24 Uhr: „Da werden wir nie hinkommen. Der Landkreis Ravensburg ist geografisch anspruchsvoll. Um realistisch zu bleiben, wird in den späten Abendstunden viel heiße Luft transportiert.“ Außerdem sei noch nicht klar, wie viel Geld von den 50 Millionen für alle Landkreise wirklich in den Kreis Ravensburg fließt. Laut Pressemitteilung des Landesverkehrsministeriums sollen drei Kriterien darüber entscheiden, wie viel Geld in welchen Landkreis fließt: die Zahl der Fahrgäste, die gefahrenen Kilometer und die Fläche des Kreises.

### Mehr Berufspendler bei Bodo

Beim Verkehrsverbund Bodo, der für den Landkreis Ravensburg und den Bodenseekreis zuständig ist, ist man eher zurückhaltend. „Zuerst mal sind es nicht mehr Mittel, die im System sind, sie werden nur anders verteilt“, sagt Geschäftsführer Jürgen Löffler. Man müsse dann politisch definieren, was man möchte. Sprich: Der Kreistag ist dran. Wenn der Kreis mehr Geld bereitstellt, dann kann auch ein besseres Angebot geschaffen werden. Selbst mit den künftigen 50 Millionen Euro, die dann ab 2023 ausgegeben werden sollen, sieht Löffler erst mal keine Möglichkeit für einen Studentakt.

Dennoch wisse er aus seinen Zahlen, dass unter anderem durch ein

### Zitate

„Wenn Sie umdenken, dann verdienen Sie unseren größten Respekt.“  
Der ehemalige Stadtförster und Windpark-Gegner Kurt Nold an die Adresse der anwesenden Stadträte.

„Ich höre immer nur Profit und Zahlen, aber es geht doch um uns Menschen. Wir Bürger sollten befragt werden, damit wir den Windpark stoppen können.“  
Ilona Natteger aus Bad Waldsee.

„Verschleudern Sie nicht unser kostbarstes Gut, das wir in Bad Waldsee haben. Die Gäste kommen wegen der intakten Naturlandschaft in unsere Kurstadt, und Windkraftanlagen passen deshalb hier nicht her.“  
Claudia Steybe aus Bad Waldsee.

„Ich nehme Ihre Kritik auf. Man hätte sicherlich zuerst eine Flächensicherung machen können. Wir haben aber bewusst zuerst die Standorte analysiert, und ich gehe davon aus, dass wir uns mit den Eigentümern auf eine Lösung verständigen können.“  
Jörg Uhde zum Vorwurf der BI, man habe die betroffenen Landwirte zu spät ins Boot geholt.

„Nur mit einem Mix aus verschiedenen Energiequellen schaffen wir langfristig eine ausgeglichene Erzeugerstruktur und damit auch die Energiewende vor Ort.“  
Nochmals Jörg Uhde an die Adresse der Skeptiker.

„Im weiteren Verlauf der Planung wird sich der Gemeinderat mit allen Facetten der Ansiedlung befassen – auch mit den möglichen Auswirkungen auf die Kurbetriebe.“  
Regine Rist zum Vorwurf im Saal, die Kommunalpolitiker fügten dem Gesundheitsstandort Schaden zu durch den Bau im Tannenbühl. (saz)

dementsprechendes Angebot auch mehr Fahrgäste angelockt werden können. „Deswegen hat Bodo auch die Fahrgastzahlen im vergangenen Jahr steigern können. Wir haben auch mehr Berufspendler verzeichnen können“, sagt Löffler. Aber zuerst sei er froh, wenn das bestehende Angebot gehalten werden könne.

Über die Entwürfe der ÖPNV-Finanzierungsreform muss der Landtag noch in zwei Lesungen beraten.

Bei den 200 Millionen Euro vom Land, die auf 250 Millionen im Jahr 2023 erhöht werden sollen, handelt es sich um **Ausgleichsleistungen**. Laut Bodo-Geschäftsführer Jürgen Löffler fließen davon 9,5 Millionen Euro in die Region. Es handelt sich um Ausgleichsgelder für die rabattierten Schülermonatskarten. Diese müssen 25 Prozent unter den regulären Erwachsenenkarten liegen. Laut Löffler ist dies bei den meisten Preisstufen der Fall, es gebe aber noch wenige Ausnahmen. Wie aus einer Pressemitteilung des Verkehrsministeriums hervorgeht, waren die bisherigen Ausgleichsleistungen seit 2007 pauschaliert. „Dies ist in dieser Form nach europäischem Recht fragwürdig und muss in einen rechtskonformen Zustand überführt werden“, heißt es in der Pressemitteilung.